



**Rede des Bundesvorsitzenden
der Senioren-Union der CDU Deutschlands**

Prof. Dr. Otto Wulff

anlässlich der Festveranstaltung

30 Jahre Senioren-Union

am 20. April 2018 in Berlin

- Es gilt das gesprochene Wort -

Auf den Tag genau vor 30 Jahren sagte der damalige Bundeskanzler und CDU-Parteivorsitzende Helmut Kohl anlässlich der Gründung der Senioren-Union im Konrad-Adenauer-Haus in Bonn: „Heute ist ein wichtiger Tag, er stärkt und bereichert die CDU. Er setzt aber gleichzeitig ein Zeichen weit über die Grenzen unserer Partei hinaus. Dieses Zeichen gilt allen älteren Mitbürgern, und es spiegelt ihr verändertes Bewusstsein ebenso wider, wie die beständig gewachsene und weiter wachsende Bedeutung der älteren Generation in unserer Gesellschaft. Es dokumentiert den Anspruch und das selbstverständliche Recht der älteren Generation, am gesellschaftlichen Leben teilzuhaben. Ältere Menschen wollen heute eingebunden sein, sie wollen mitwirken und mitgestalten und dafür die Anerkennung finden, die sie verdienen.“

Mit der Gründung der Senioren-Union hat die CDU diesem tiefgreifenden Wandel Rechnung getragen. Wir können zu Recht stolz darauf sein, als erste Partei eine eigene Vereinigung für die ältere Generation gegründet zu haben. Lassen Sie mich dabei dankbar an die erfolgreiche Arbeit des Gründungsvorsitzenden Gerhard Braun und die des langjährigen Vorsitzenden Dr. Bernhard Worms erinnern, die beide der Senioren-Union große Anerkennung und Einfluss verschafften. Die Senioren-Union ist Ausdruck eines neu erwachten Selbstbewusstseins älterer Menschen. Sie zeigt auch beispielhaft die Fähigkeit der CDU, auf gesellschaftliche Entwicklungen neue und schöpferische Antworten zu geben. Die Senioren-Union muss aber auch immer mehr sein als nur eine Interessenvertretung, wie ebenso die CDU mehr sein muss als die Summe ihrer Teile. Natürlich treten alle Vereinigungen engagiert für die eigene Gruppe ein, die sie vertreten, und die Senioren-Union macht dabei keine Ausnahme. Sollte eine Vereinigung jedoch ihre Arbeit nur auf eigene Ziele beschränken, so würde sich die Politik der CDU als ein beständiges Gegeneinander verschiedener Gruppeninteressen darstellen, der Zerfall der Union wäre auf die Dauer nicht aufzuhalten.

Konrad Adenauer hat immer wieder gemahnt, die CDU müsse eine Volkspartei sein und keine Sammelpartei. Gerade deshalb erfüllen die Vereinigungen der CDU auch eine doppelte Funktion, indem sie nicht nur die Ansichten einer bestimmten Gruppe in die CDU tragen, sondern umgekehrt in dieser Gruppe auch für die Überzeugungen ihrer Partei werben. Auf diese Weise dienen sie alle einer Idee, unter der sich die Union vereint hat. Es ist die Idee einer Politik, die vom christlichen Verständnis des Menschen, vom Primat der Freiheit und der persönlichen Verantwortung geprägt ist.

Unsere Gesellschaft ist in den drei vergangenen Jahrzehnten nach Gründung der Senioren-Union mit atemberaubender Geschwindigkeit grundlegend umgekrempelt worden.

Wir haben Zeiten eines rapiden Wandels erlebt und befinden uns noch mitten darin, und zwar nicht nur in Bezug auf die globalen Ereignisse und die fundamentalistischen Auswüchse von Glaubenskämpfen, sondern vor allem auch mit Blick auf die grundlegenden Werte und Normen, die unter uns gelten oder doch gelten sollten. Wir können nicht bestreiten, dass die neue Zeit den so notwendigen Zusammenhalt der Generationen ganz wesentlich aus unseren Überlegungen und Vorstellungen verdrängt hat. Die technische Entwicklung hat einen großen Teil unserer Gesellschaft dazu verleitet und die Illusion genährt, man könne einem Naturgesetz gleich nur stets weiter nach oben steigen und nichts stünde diesem Weg entgegen. Das haben viele versprochen, und viele, auch wir haben

Vieles geglaubt. Wenn Alter freilich mit Lebenserfahrung zu tun hat, und das hat es, dann kommt den älteren Menschen ein erhöhtes Maß an Verantwortung zu, um Maßstäbe zu setzen. Die ältere Generation findet dabei eigene Solidarität und spürt eigene Stärke, insbesondere vor dem Hintergrund eines immer noch rapide ansteigenden Wählerpotentials der Älteren. Das bedeutet Macht für sie, das ist nicht zu leugnen. Doch Macht wozu?

Mit der durch die demographische Entwicklung gewachsenen Bedeutung der älteren Generation und dem damit verbundenen Selbstvertrauen haben die Seniorinnen und Senioren den Willen bekundet, sich stärker als bisher politisches Gehör zu verschaffen, und zwar im Sinne der Neuentdeckung und Neubekräftigung eines generationenübergreifenden Verantwortungszusammenhangs. Die Senioren sind aus der Beobachterposition herausgetreten und haben sich engagiert. Sie wissen, dass mehr ältere Menschen in der Politik gebraucht werden, aber nicht nur, um die Alten zu vertreten, sondern um ihr Wissen und ihre Erfahrungen auf allen Gebieten einzubringen. Sie wollen weder eine Altenpolitik noch wollen sie eine Altenrepublik. Sie wollen vielmehr als gleichberechtigte Partner mit den Jungen gemeinsam Politik gestalten, und sie wollen nicht als „betreute“ Generation abgeschoben werden. Sie wollen einfach teilhaben an der politischen Macht und wollen mitbestimmen. Ich wiederhole: Politik allein für die Alten ist ihre Sache nicht! So definierte sich auch die Senioren-Union bei ihrer Gründung in der öffentlich beschworenen Brückenfunktion mit den Jüngeren. In ihr wird die Verbundenheit der Generationen als Grundvoraussetzung einer starken Gesellschaft deutlich, die für Fragen der ethischen und geistigen Standortbestimmung gemeinsam ihre Sensibilität bewahren muss. Unter Berufung auf diese Wurzeln reicht es deshalb nicht aus, nur für die besonderen Anliegen der älteren Mitbürgerinnen und Mitbürger einzutreten. Das wäre reine Interessenvertretung, die zwar in unserer Gesellschaft legitim ist, weil jeder sich behaupten muss und dafür gemeinsam getragene Interessenvertretungen nötig hat. Aber mit Werteorientierung hat das nichts zu tun. Werteorientierung richtet sich streng genommen auch gegen eigene Partikularinteressen.

Alle Vereinigungen der CDU, mithin auch die Senioren-Union, müssen sich deshalb präziser als bisher der zentralen Frage stellen, wie sie in Zukunft ihr Verhältnis zu einer starken solidarischen Gesellschaft gestalten wollen. Die Senioren-Union kann dieser Frage umso weniger ausweichen, als gerade sie das menschliche Bedürfnis nach Solidarität der Generationen in den Mittelpunkt ihrer Politik gestellt hat. Gegenseitige Überforderung wäre der Solidarität abträglich.

Vorrangig mehr als alle anderen Vereinigungen der CDU muss sie auf die historischen Wurzeln der Partei hinweisen, die der Union weiter die Kraft und den Einfluss geben, die sie zu einer, vielleicht sogar zur erfolgreichsten Volkspartei der europäischen Nachkriegsgeschichte gemacht hat. Und diese Aufgabe liegt nun einmal in besonderer Weise bei den älteren Parteifreunden, die bekanntlich am ehesten Tradition vermitteln können. Natürlich, das bestreitet doch niemand, ändern sich auch Parteien in ihren politischen Programmen und müssen es tun. Wenn sich die Zeiten ändern, ändern sich mit ihnen ebenso die Menschen. Dieser Wirklichkeit kann und wird sich auch die Union nicht widersetzen. Doch wie weit kann und darf sie dabei gehen, wenn die Parteien, wie viele andere Verbände und Vereine, seit Jahren mit wenigen Ausnahmen Mitglieder verlieren. Die Bindungskraft traditioneller Organisationen schwindet, noch mehr die Bereitschaft, sich persönlich zu engagieren. Es wird wohl mit einer Wende in diesem Trend gerechnet werden können, wenn neuer Gemeinsinn in der Bevölkerung aufkommt, der Solidarität als besondere und einzig haltbare Sicherheit für die Gesellschaft begreift, die neues Vertrauen

schaft. Solidarität ist allerdings nicht erst damit zu einem Begriff geworden, der die zentrale Klammer zwischen den Generationen in der CDU bildete, übrigens nicht nur in dieser Partei. Als in Deutschland Freiheit und Menschenrechte, Rechtsstaat und Demokratie abhandengekommen waren, wie es jene Generation erfahren hat, die die Nazizeit erlebte und überlebte und die beim Aufbau der Bundesrepublik Deutschland ihre Vorstellungen eines christlichen Menschen- und Gesellschaftsbildes durchsetzte, der weiß, was Solidarität in einer Demokratie bedeutet. Nach den Exzessen der Naziherrschaft ließ sie mit der ausdrücklichen Berufung auf Gott und die elementaren Menschenrechte keinen Zweifel mehr daran aufkommen, wie stark die neue Verfassung vom Geist christlicher Werte und Verantwortung bestimmt war und diese fortan und unwiderruflich die Politik unseres Landes beflügeln sollten.

Lassen Sie mich an einem einfachen Beispiel zeigen, welche Menschen es waren, die nach dem Krieg jene neue Solidarität begründeten und die, wie viele andere auch, sich daran machten, ein moralisch und wirtschaftlich bis auf den untersten Boden zerstörtes Land wieder aufzubauen und den Menschen neue Hoffnung zu geben und Mut zu machen. So versammelten sich am 14. November 1945 in der Küche meines Elternhauses in einem handwerklich und kleinbäuerlich strukturierten westfälischen Dorf 9 Männer, die vor Ort die CDU gründeten. Es waren ein Versicherungsvertreter, ein Friseur, ein Schuster- und ein Schreinermeister, ein Kaufmann, ein Schlosser, ein Maurer und zwei Bauern. Eine Frau gehörte nicht zu den Gründungsmitgliedern. Deren Mitarbeit beschränkte sich damals als Hausfrau auf die Zubereitung einer kräftigen Erbsensuppe, die sie den Männern anlässlich der Gründung der Christlich-Demokratischen Union zur weiteren Aufmunterung servierte und die seinerzeit einem üppigen Festmahl entsprach. Als schließlich die Gründungsurkunde von allen Teilnehmern unterzeichnet werden konnte und die Ergebnisse der demokratischen Wahl auf dem Papier nachzulesen waren, erhoben sich alle feierlich von ihren Plätzen und tranken einen westfälischen Korn auf den zukünftigen Erfolg der CDU. Natürlich war der Korn nicht legal gebrannt, doch einen anderen gab es nicht. Aber dem bahnbrechenden Erfolg der Union hat die vermeintliche Illegalität des klaren Wässerchens bekanntlich keinen Abbruch getan.

Den Männern der Gründungsversammlung war eines gemeinsam: Sie alle waren ohne Ausnahme Gegner des Nationalsozialismus gewesen. Bei einem von ihnen, meinem Vater, habe ich nie den Augenblick vergessen, als er Ende Mai 1943 nach einem Verhör im Gestapo-Gefängnis in Hagen-Haspe in die Familie zurückkehrte. Niemand fragte ihn nach seinem Befinden. Das brauchten wir auch nicht, seinen Zustand sahen wir mit eigenen Augen. Noch heute bin ich stolz darauf, dass er seinerzeit auch zu den überzeugten Gründern der Union gehörte, die die Grundwerte der Freiheit, der Solidarität und der Rechtsstaatlichkeit wieder zu unverrückbaren Grundpfeilern einer neuen Politik machten. Natürlich waren diese Wertvorstellungen nicht allein das Monopol der neu gegründeten demokratischen Partei, der CDU. Doch entscheidend war, dass sie nach dem Nationalsozialismus ihr Programm wieder klar und unzweideutig formulierte und inhaltlich konkretisierte. Das war nicht leicht, und es ist auch bis heute nicht leicht geblieben. Für die CDU, und für diese Partei kann ich als Mitglied sprechen, hat ihr Name eine besondere Bedeutung. Nehmen wir das „C“ ernst, dann müssen wir uns zu einer Verantwortung für unser Land bekennen, die die 10 Gebote in unserer Politik nicht außen vor lassen darf. Dann dürfen wir nicht alle Verhältnisse als unabänderlich hinnehmen. Im Gegenteil, wir müssen wissen, dass es sich lohnt, und zwar ohne jeden Abstrich, sich für Freiheit, die Freiheit des Glaubens und die Menschenwürde, wohlgerne eines jeden Menschen, einzusetzen. Sie sind und bleiben der Maßstab für den verantwortlich handelnden Politiker. Schaut man sehr

genau hin, so standen am Anfang der Christlich-Demokratischen Union in der Regel ältere Frauen und Männer, die die ethischen und moralischen Positionen für ihre neue Partei verbindlich festschrieben. Die Jüngeren konnten es nicht, weil sie, wie die Mitglieder der „Weißen Rose“, unter dem Fallbeil einer verbrecherischen Nazijustiz ihr junges Leben verloren, oder sie waren gefallen, vermisst, in Gefangenschaft oder sonst unter Leid und Qualen zu Tode gekommen. Unbestritten bleibt aber, dass es in der CDU die Älteren waren, die mit Mut und Zuversicht Hand anlegten und die Politik im Geist des Vermächtnisses der Männer und Frauen umsetzten, die unter dem Blutgericht Freislers ihr Leben ließen.

Die Gründungsmitglieder der Union waren in der Regel jene ältere Bürgerinnen und Bürger, die die Gedanken des deutschen Widerstands gegen Hitler und den Nationalsozialismus in die neue Politik einfließen ließen. Sie gehörten einer Generation an, die man damals schon ohne Zweifel als Teil der Senioren-Union der CDU empfunden hätte. Insoweit ist die Senioren-Union von heute in der Tradition der CDU auch ein Spiegelbild ihrer Gründergeneration aus den Jahren 1945/1946, die aus christlicher Verantwortung im Widerstand gegen den Terror der Nazis für die unauflösliche Gültigkeit der Menschenrechte ihr Leben aufs Spiel gesetzt hat. Die Senioren-Union wird deshalb allein durch diese Tradition immer eine Mahnerin und Sachwalterin für Freiheit und Menschenwürde bleiben, nicht zuletzt, weil ihr vor 30 Jahren auch viele Mitglieder der Gründergeneration der CDU aus Überzeugung beigetreten sind.

Bei allen verständlichen Forderungen für die Anliegen der Älteren im großen Rahmen der Politik der CDU, für die es noch besser wäre, wenn zukünftig anstelle einer Politik mit Senioren mehr Politik von Senioren gemacht würde, geht es ihr zunächst um den unaufkündbaren Zusammenhalt der westlichen Demokratie- und Wertegemeinschaft. Deutsche Politik in dieser Gemeinschaft geht von dem verbindlichen Grundsatz aus, dass Versöhnung Versöhnung schafft. Versöhnung ist nach den Erfahrungen der Naziherrschaft eine der wesentlichen Gewissheiten geblieben, die Frieden und gute Nachbarschaft garantiert. Wenn heute erstmals ein Rabbiner anlässlich eines festlichen Jubiläums einer politischen Vereinigung der Älteren in der CDU eine Rede hält, so zeigt diese Tatsache allein, was Versöhnung bewirken kann. Dass uns Menschen jüdischen Glaubens und die Bürgerinnen und Bürger Israels die Hand zur Versöhnung gereicht haben, wird für uns Deutsche unvergesslich bleiben und von großem Dank getragen, insbesondere vor dem Hintergrund, dass kein Volk auf der Welt mehr vom jüdischen Geist profitiert hat als das deutsche. Und niemand kann bestreiten, dass Israel zu den begabtesten Völkern der Welt gehört. Allein diese beiden Hinweise genügen schon, jeden Antisemiten bis ins Mark beschämen.

Wenn wir in der Senioren-Union in der Vergangenheit die Versöhnungspolitik insbesondere neben Frankreich auch mit Russland und Polen und eben mit Israel in den Vordergrund unserer politischen Aktionen gestellt haben, so soll damit auch hervorgehoben werden, welche Bedeutung die Politik der Versöhnung in unserer Vereinigung bekommen hat.

Und schließlich, meine Damen und Herren, gerade die Älteren in unserer Gesellschaft fühlen sich wie keine andere Altersgruppe aus tiefstem Herzen berufen, der europäischen Einheit jede Unterstützung zu erteilen. Wenn heute ein großer Europäer, wie unser Freund, der frühere österreichische Bundeskanzler Dr. Wolfgang Schüssel über die Unverzichtbarkeit der europäischen Einheit spricht, so zeigt das allein, wie eng wir unsere

politischen Beziehungen unter uns über alle unterschiedlichen Staatsbürgerschaften hinaus geknüpft haben und wir es auch in Zukunft so und nicht anders halten werden.

Heute feiern wir 30 Jahre Senioren-Union mit der Zusicherung, dass sie als Vereinigung der Älteren in der CDU ihrer Sache treu bleibt, vor allem aber den Geist ihrer Gründungsmitglieder für die Union als prägende Kraft bewahrt. Ihr Vermächtnis behält seine Gültigkeit. Die Senioren-Union als Teil der „Generation der Erinnerung“ weiß um ihre daraus erwachsene Verpflichtung.